Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0018/2018/1
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr	27.06.2018	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Anregung vom 03.01.2018, die Scheidtbachstraße in eine Fahrradstraße umzuwidmen

Beschlussvorschlag:

Der im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden eingebrachte Vorschlag, einen Radweg von der Bensberger Straße zur Nelson-Mandela-Gesamtschule auf der Trasse der sog. Querspange (geplante Verbindung zwischen Bensberger Straße und Refrather Weg) zu führen, sollte im Rahmen der Überlegungen zum Mobilitätsmanagement aufgegriffen und auf seine Machbarkeit sowie auf die damit verbundenen Kosten hin überprüft werden. Das Ergebnis wird dem AUKIV in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt.

Sachdarstellung / Begründung:

Die Anregung des Petenten vom 3. Januar 2018, die Scheidtbachstraße in eine Fahrradstraße umzuwidmen, wurde im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NRW in der Sitzung 14. März 2018 behandelt und zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr überwiesen. Die Anregung ist dieser Vorlage beigelegt. Name und Anschrift des Antragstellers werden aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht.

Die Anregung, die Scheidtbachstraße in eine Fahrradstraße umzuwidmen und als Einbahnstraße in Fahrtrichtung Bensberger Straße auszuweisen, begründet der Antragsteller mit einem bestehenden Engpass im Einmündungsbereich zur Bensberger Straße, wo der Gehweg auf der nördlichen Seite der Scheidtbachstraße auf den letzten ca. 20 m endet.

Dort befindet sich ein Wohnhaus, das nah an der Straße steht und dessen Grundstück mit einer Mauer zur öffentlichen Verkehrsfläche hin geschützt wird. Diese Situation besteht solange wie die Scheidtbachstraße existiert und hat für Fußgänger bislang zu keinen Problemen geführt, weil diese entweder den südlichen Gehweg nutzen (bei Zielen in Richtung Bensberg, z.B. Netto-Markt oder Querungshilfe zur Märchensiedlung) oder aber den (kürzeren) Verbindungsweg zur Richard-Zanders-Straße nutzen, wenn sie zum signalisierten Überweg Richtung Gladbach oder Lerbacher Weg gehen möchten. Eine Verlängerung des nördlichen Gehweges wird nicht empfohlen, weil ein Begegnungsverkehr im Einmündungsbereich dann nicht mehr möglich wäre. Die Einrichtung eines Fußgängerüberweges (Zebra-streifen) wäre wegen der geringen Querungszahlen an dieser Stelle nicht zulässig. Eine Querungshilfe in Form einer Fahrbahneinengung wäre zwar denkbar, ist aus Sicht der Verwaltung in Anbetracht der unauffälligen Unfallsituation jedoch nicht erforderlich.

Problematisch sind eher die für den Kfz-Verkehr schlechten Sichtverhältnisse durch die hohe Mauer beim Ausfahren aus der Scheidtbachstraße oder beim Rechtseinbiegen von der Bensberger Straße in die Scheidtbachstraße bei in den vergangenen Jahren zunehmender Verkehrsbelastung der Straße.

Die Ausweisung einer Einbahnstraße würde diese Problematik jedoch unabhängig von ihrer Fahrtrichtung nicht lösen. Hinzu käme, dass die Geschwindigkeit der Verkehrsteilnehmer in einer Einbahnstraße erfahrungsgemäß ansteigt und sich die Verkehrsteilnehmer der nicht mehr zugelassenen Fahrtrichtung Ersatzwege suchen (müssen). Bei der vom Antragsteller vorgeschlagenen Variante würden die Verkehrsteilnehmer Umwegfahrten über die Richard-Zanders-Straße/Senefelder Straße oder über die Hüttenstraße/Richard-Seiffert-Straße nehmen wählen, was dort zu einem unerwünschten Anstieg des Verkehrsaufkommens führen würde. Neben einigen Wohngebäuden insbesondere der Rhein.-Berg. Siedlungsgesellschaft und einigen Firmensitzen wären davon auch Beschäftigte und Besucher der Stadtverwaltung im Gustav-Lübbe-Haus betroffen.

Die Ausweisung einer Fahrradstraße ist vom Gesetzgeber an enge Auflagen gekoppelt:

In einer Fahrradstraße soll der Radverkehr die – auch zahlenmäßig - dominante Verkehrsart sein. Der motorisierte Anliegerverkehr kann durch eine ergänzende Beschilderung zugelassen werden. Im Falle der Scheidtbachstraße wäre der motorisierte Anliegerverkehr durch die Vielzahl der ansässigen Firmen, die Anwohner, die Ämter der Stadtverwaltung und die Parkplatzzufahrt zum Supermarkt jedoch wesentlich stärker als der vorhandene und auch als der bei Ausweisung einer Fahrradstraße zu erwartende Fahrradverkehr. Außerdem wäre das Kriterium Anliegerverkehr nicht überprüfbar, sodass auch weiterhin mit (heute zulässigem) Nicht-Anliegerverkehr zu rechnen ist.